

Niederschrift

über die 9. öffentliche Sitzung des Schul-, Jugend- und Sozialausschusses
der Stadt Schortens

Sitzungstag: Donnerstag, 11.10.2012

Sitzungsort: Bürgerhaus Schortens, Weserstraße 1

Sitzungsdauer: 17:00 Uhr bis 18:15 Uhr

Anwesend sind:

Ausschussvorsitzende Susanne Riemer

Ausschussmitglieder

Heide Bastrop

Anne Krüger

Dörthe Kujath

Joachim Müller

Sandra Muschke

Heinrich Ostendorf

Wolfgang Ottens

Andrea Wilbers

Vertretung für Hans Müller

ber. Ausschussmitglied

Ilse Hallmann

Mandat ohne Stimmrecht

Anja Kindo

ber. Ausschussmitglied

Dominic Rohard

Gäste

Yvonne Hasselberg

VA Nadine Meiners

Leiter Jugendfreizeitheim

Mark Schollmeier

Von der Verwaltung nehmen teil:

Bürgermeister Gerhard Böhling

StD Anja Müller

StAR Andreas Stamer

VA Uta Bohlen-Janßen

Tagesordnung:

1. Eröffnung der Sitzung
Die Vorsitzende eröffnet die Sitzung.
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
Die Vorsitzende stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest.
3. Feststellung der Tagesordnung
Der Antrag der BfB-Ratsfraktion vom 17.09.2012 zur Haushaltskonsolidierung (AN-Nr. 11//0053) wird zurückgezogen. Die Vorsitzende stellt die geänderte Tagesordnung fest.
4. Genehmigung der Niederschrift vom 13.09.2012 - öffentlicher Teil
Die Niederschrift wird genehmigt.
5. Einwohnerfragestunde
Es liegen keine Wortmeldungen vor.
6. Vorstellung der Initiative zur Erneuerung des Skaterplatzes in Schortens
SV-Nr. 11//0411
Zwei Jugendliche der Initiative zur Erneuerung der Skateranlage stellen das beabsichtigte Projekt unter Hinweis auf die Sanierungsbedürftigkeit der vorhandenen Anlage vor und erbitten eine weitere finanzielle Unterstützung durch die Stadt Schortens. BM Böhling verweist auf etwaige Lärmbeeinträchtigungen für den geplanten Saunabereich im Freizeitbad „AquaToll“ und regt eine alternative Standortsuche an.
Der Ausschuss nimmt den Bericht zur Kenntnis.
7. Einvernehmenserteilung zur Einführung der Offenen Ganztagschule an der Grundschule Roffhausen
SV-Nr. 11//0410
StD Müller verweist auf die Sitzungsvorlage zur Erteilung des Einvernehmens zur Einführung der Offenen Ganztagschule an der Grundschule Roffhausen. RM Muschke bittet, etwaige Fördermöglichkeiten zum Ganztagsschulbetrieb zu eruieren.

Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Stadt Schortens erteilt als Schulträgerin das Einvernehmen gem. § 23 Abs. 4 Nds. Schulgesetz (NSchG) zur Einrichtung einer Offenen Ganztagschule an der Grundschule Roffhausen ab dem Schuljahr 2013/14. Für die damit verbundenen Investivmaßnahmen (Errichtung einer Mensa etc.) werden im Haushalt 2013 Mittel in Höhe von 25.000 Euro veranschlagt.

8. **Vorschläge zu einer Erhöhung der Kindertagesstättenentgelte**
SV-Nr. 11//0419

StD Müller erläutert die Vorschläge zur Erhöhung der Kindertagesstättenentgelte. RM Kujath beantragt hierzu die Streichung der bisherigen Entgeltstufe 1, die Einführung einer neuen Stufe 10 (9 neu), die generelle Erhöhung der KiTa-Gebühren um 10 %, die Festsetzung der Gebühr für die Inanspruchnahme einer Sonderöffnungszeit auf 15 € je Std., die Anpassung des 40-Std.-Tarifes, die Verständigung mit den kirchlichen Trägern hinsichtlich deren Anpassung der Gebühren auf Grundlage der Anrechnung eines Stundensatzes von möglichst 100 % sowie die Festlegung der Krippenentgelte mit einer 30 %-igen Erhöhung gegenüber dem entsprechenden KiTa-Tarif. Ergänzend beantragt RM Ostendorf, eine Überprüfung der jeweiligen Entgelte im Rhythmus von 2 Jahren vorzunehmen.

Es ergeht einstimmig folgende Beschlussempfehlung:

Der Verwaltungsausschuss möge beschließen:

Die Notwendigkeit zur Entgelterhöhung im Kindertagesstättenbereich wird anerkannt. Die Verwaltung wird beauftragt, einen Entwurf zur Entgelterhöhung vorzulegen.

Dieser Entwurf soll die Streichung der bisherigen Entgeltstufe 1, die Einführung einer neuen Stufe 10 (9 neu), die generelle Erhöhung der KiTa-Gebühren um 10 %, die Festsetzung der Gebühr für die Inanspruchnahme einer Sonderöffnungszeit auf 15 € je Std., die Anpassung des 40-Std.-Tarifes, die Verständigung mit den kirchlichen Trägern hinsichtlich deren Anpassung der Gebühren auf Grundlage der Anrechnung eines Stundensatzes von möglichst 100 % sowie die Festlegung der Krippenentgelte mit einer 30 %-igen Erhöhung gegenüber dem entsprechenden KiTa-Tarif umfassen.

Die kirchlichen Träger von Kindertagesstätten sind zu informieren und um entsprechende Umsetzung (Gebührenerhöhung) zum 01.08.2013 zu bitten. Zudem sollen die Entgelte alle 2 Jahre überprüft werden.

9. Haushalt 2013 - Teilhaushalt Schulen und Jugend (TH 12)
SV-Nr. 11//0420

StD Müller beschreibt die Sitzungsvorlage für den Finanz- und Ergebnishaushalt des Teilhaushaltes - Schulen und Jugend - und ergänzt, dass sich die darin enthaltenen Aufwendungen bereits auf das notwendige Minimum beschränken. Den Finanzhaushalt betreffend beantragt RM Kujath, die Investitionsmaßnahme „Erneuerung der Fenster - VGS Jungfernbusch“ auf 2 Jahre - beginnend in 2013 - zu strecken sowie die Minderung des Sammelpostens „SaPo Pferdestall“ auf 2.000 €. Weiterhin erläutert RM Ostendorf die als Tischvorlage vorliegenden Anträge der BfB-UWG-Gruppe zu der Schulsozialarbeit Roffhausen, den Honorarkräften für den Förderverein „Familienzentrum e. V.“ sowie der Straßensozialarbeit.

Nach kurzer Beratung wird der Antrag zur Schulsozialarbeit Roffhausen zurückgenommen. Die übrigen Anträge der BfB-UWG-Gruppe werden jeweils mehrheitlich (bei 2 Ja-Stimmen der BfB-UWG-Gruppe) abgelehnt.

Den beiden Anträgen des RM Kujath (Erneuerung Fenster Jungfernbusch und SaPo Pferdestall) wird einstimmig zugestimmt.

Zu den Kennzahlen und Zielen im Teilhaushalt - Schulen und Jugend - erwünscht RM Ottens ergänzend eine jährliche Berichterstattung über die Entwicklungsplanung zu den Betreuungsplätzen in den jeweiligen Einrichtungen. Die genannten Ziele und Kennzahlen werden einvernehmlich anerkannt.

Hinsichtlich des Haushaltssicherungskonzeptes beantragt RM Ottens für die CDU-Fraktion, entgegen der Verwaltungsvorschläge die geplanten Zuschussbedarfe zum Produkt „sonstige Jugendarbeit“ für den Bereich „Jukos u. Ferienpass“ bei 10.400 € und bei den Angeboten „Nachteule, Hausaufgabenhilfe u. a.“ bei 6.000 € zu belassen und den für das Produkt „Kinderspielplätze und Jugendtreffs“ auf 120.000 € zu mindern.

Den beiden Anträgen zum Produkt „sonstige Jugendarbeit“ wird mehrheitlich zugestimmt, so dass die ursprünglichen Planungsansätze zu den Zuschussbedarfen, namentlich 10.400 € für den Bereich „Jukos u. Ferienpass“ (Beschluss mit einer Gegenstimme von RM Krüger) sowie 6.000 € für die Angebote „Nachteule, Hausaufgabenhilfe u. a.“ (Beschluss mit 2 Gegenstimmen der BfB-UWG-Gruppe), zu berücksichtigen sind. Der Antrag zur über den Verwaltungsvorschlag hinausgehenden Zuschussminderung beim Produkt „Kinderspielplätze und Jugendtreffs“ auf einen Betrag von 120.000 € wird hingegen mehrheitlich abgelehnt (bei Ja-Stimmen der CDU-Fraktion sowie der BfB-UWG-Gruppe). Insofern verbleibt der in der Sitzungsvorlage genannte Konsolidierungsvorschlag zur Minderung des Zuschussbedarfes auf 150.000 €.

Diesem Vorschlag sowie den übrigen - noch nicht beratenen - Maßnahmen des Haushaltssicherungskonzeptes wird einstimmig zugestimmt.

Den Vorschlägen der Verwaltung zu den im Bürgerhaushalt genannten Anregungen wird einstimmig (bei 2 Enthaltungen der BfB-UWG-Gruppe) zugestimmt.

Abschließend ergeht zu der Sitzungsvorlage zum Teilhaushalt neben den bereits zuvor gefassten Beschlussempfehlungen mehrheitlich (bei 1 Gegenstimme von RM Ostendorf und 1 Enthaltung durch RM Krüger) folgende Beschlussempfehlung:

1. Der Ergebnishaushalt Teilhaushalt 12 – Schulen und Jugend – wird mit einem Zuschussbedarf von **5.421.427 Euro** (Betrag exkl. der in der Sitzung beschlossenen Änderungen) für den Haushalt 2013 empfohlen.
2. Die Investitionsmaßnahmen 2013 und das Investitionsprogramm 2014 bis 2016 des Teilhaushaltes 12 – Schulen und Jugend – werden für den Haushalt 2013 empfohlen.
3. Als wesentliches Produkt nach § 4 Absatz 7 GemHKVO mit folgenden Zielen wird empfohlen:

Tageseinrichtungen für Kinder:

Steigerung der Qualitätsstandards in den Kindertagesstätten im Bereich der pädagogischen Weiterentwicklung durch Erarbeitung eines Fortbildungskonzeptes bis 31.12.2013.

Zu den Betreuungsplätzen in den jeweiligen Einrichtungen erfolgt eine jährliche Berichterstattung über die Entwicklungsplanung bis zum 30.09. eines jeden Jahres.

- 9.1. Antrag der BfB-Ratsfraktion vom 17.09.2012 zur Haushaltskonsolidierung (Zuschussbetrag Jugendzentrum)
AN-Nr: 11/0053

Der Antrag wird zurückgezogen.

10. Anfragen und Anregungen:

Auf Anfrage von RM Ostendorf erklärt BM Böhling, dass die produktbezogene Darstellung der Erträge und Aufwändungen gemäß der vorgelegten Haushaltunterlagen auf der Verwendung amtlicher Vordrucke beruht.